
No. 1 (2021)

**Global
Migration
Studies**

Papers of the Centre for
Global Migration Studies
at the University of Göttingen

Laura Stielike

Dispositive der (Im)mobilisierung

Fluchtursachenbekämpfung in genealogischer Perspektive

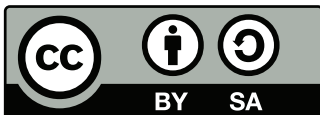
How to cite this paper

Stielike, Laura. 2021. Dispositive der (Im)mobilisierung. Fluchtursachenbekämpfung in genealogischer Perspektive. *Global Migration Studies*, No. 1. Göttingen: Centre for Global Migration Studies. DOI: 10.3249/2702-7872-gms-1.

Copyright and License

©2021 by Laura Stielike.

This work is licensed under a Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International License (CC BY-SA 4.0).



Zusammenfassung

Der Beitrag beleuchtet zwei Grundannahmen der aktuellen Debatte um Fluchtursachenbekämpfung, nämlich die Vorstellung von einer sesshaften Lebensweise als Norm und von der Möglichkeit, Migration durch Entwicklung zu reduzieren. Die eingenommene genealogische Perspektive lenkt den Blick auf die historische Gewordenheit von Wissen, Begriffen, Diskursen und Praktiken und versucht verschüttete Wissensbestände in Erinnerung zu rufen. Im ersten Teil des Beitrags werden die in der Debatte um Fluchtursachenbekämpfung verwendeten Begriffe kritisch hinterfragt, indem zwei zentrale semantische und diskursive Verschiebungen im Begriffsfeld Flucht/Migration nachvollzogen werden. Der zweite Teil fasst die zentralen Argumente der wissenschaftlichen Diskussion um eine sesshafte Lebensweise als Norm („sedentary bias“) zusammen. Der dritte Teil beleuchtet die Vorgeschichte der aktuellen Debatte um Fluchtursachenbekämpfung, indem die Diskussionen über das Verhältnis zwischen Migration und Entwicklung der letzten 60 Jahre zurückverfolgt und dabei vier konkurrierende Kausalitätsvorstellungen (Migration führt zu Entwicklung, Migration verhindert Entwicklung, Entwicklung verhindert Migration, Entwicklung führt zu Migration) herausgearbeitet werden. Im letzten Teil werden schließlich das seit dem Sommer der Migration 2015 deutlich geschwächte Mobilisierungsdispositiv „Migration&Entwicklung“, das auf die ökonomische Nutzbarmachung von Migration zielt, mit dem seitdem erstarkenden Immobilisierungsdispositiv „Containment Development“ (Landau 2019), das die Abkopplung und Sedentarisierung großer Teile der Weltbevölkerung anstrebt, im Hinblick auf Diskurse, Subjektivierungsweisen und institutionelle Praktiken verglichen.

Schlagwörter: Fluchtursachenbekämpfung, Migration, Flucht, Entwicklung, Migrations-Entwicklungs-Nexus, Sesshaftigkeit als Norm

Abstract

The article explores two core assumptions of the current debate on “addressing the root causes of forced displacement” (Fluchtursachenbekämpfung), namely the idea of a sedentary lifestyle as the norm and the belief that migration can be reduced through development. Employing a genealogical perspective, the article tries to carve out how knowledge, notions, discourses and practices have been brought into existence in a historical process and to uncover stocks of knowledge that have been lost or buried. In the first section, the article critically questions notions which are used in the debate on “addressing the root causes of forced displacement” by tracing two central semantic and discursive shifts in the field of migration/forced displacement. The second section summarizes the core arguments of the academic discussion on sedentariness as a norm. In the third section, the article explores the current debate on “addressing the root causes of forced displacement” in a historical perspective. Tracing back the discussions on the relationship between migration and development in the last 60 years, the article identifies four competing perceptions of causality (migration causes development, migration prevents development, development prevents migration, development causes migration). Finally, the last section compares the mobilization apparatus “Migration&Development”, which aims at harnessing migration economically and weakened after the summer of migration 2015, with the immobilization apparatus “Containment Development” (Landau 2019), which gained strength since and aims at excluding and sedentarising large parts of the world’s population, in terms of discourses, modes of subjectivation and institutional practices.

Keywords: addressing the root causes of forced displacement, migration, forced displacement, development, migration-development nexus, sedentary bias

Dispositive der (Im)mobilisierung Fluchtursachenbekämpfung in genealogischer Perspektive

Laura Stielike

In Reaktion auf den langen Sommer der Migration im Jahr 2015 und die steigenden Zahlen von Asylanträgen in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern seit 2014 ist Fluchtursachenbekämpfung zu einem zentralen Schlagwort in Politik und Medien geworden. Was genau Fluchtursachen sind und wie diese am besten bekämpft werden können, ist dabei Gegenstand von Auseinandersetzungen. So wird zwischen akuten Fluchtursachen wie Konflikt, Krieg und Verfolgung und strukturellen Fluchtursachen wie Korruption, Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung unterschieden (Braunsdorf 2019: 7; Bundesregierung 2016: 5; BMZ 2017: 14). Außerdem werden endogene Fluchtursachen wie z.B. schlechte Regierungsführung und exogene Fluchtursachen wie z.B. europäische Waffenlieferungen und Agrarsubventionen gegenübergestellt (Brot für die Welt u. a. 2017: 8ff.; Müller 2019: 11; Braunsdorf 2016). Zudem steht zur Diskussion, ob tatsächlich ‚nur‘ Fluchtursachen oder auch Migrationsursachen ‚allgemein‘ bekämpft werden sollten (Klingholz 2019: 3; Schneiderheinze und Thiele 2019: 20). Darüber hinaus ist umstritten, ob mehr wirtschaftliche Entwicklung vor Ort automa-

tisch zu weniger Migration führt oder ob Abwanderung mit steigender Wirtschaftsentwicklung nicht erst einmal zunimmt, um dann bei einem deutlich höheren Pro-Kopf-Einkommen wieder zu sinken („migration hump“) (Angenendt u. a. 2017; Schneiderheinze und Thiele 2019; Benček und Schneiderheinze 2019; Martin und Taylor 1996).

Trotz dieser inhaltlichen Uneinigkeiten beruht die aktuelle Debatte um Fluchtursachenbekämpfung aus meiner Sicht auf zwei konstanten Annahmen: Erstens wird Migration als ein ‚Problem‘ gefasst, das es mit Hilfe von Fluchtursachenbekämpfung zu ‚lösen‘ gilt. Diese Form der Problematisierung basiert auf der Vorstellung von einer sesshaften Lebensweise als Norm. Migrationsforscher*innen haben diese Sichtweise als Sesshaftigkeitsbias („sedentary bias“) (Malkki 1995; McDowell und de Haan 1997; Bakewell 2008) bezeichnet. Zweitens basiert die Debatte um Fluchtursachenbekämpfung auf einer spezifischen Vorstellung von den Kausalitäten zwischen Migration und Entwicklung, dass nämlich mehr Entwicklung über kurz oder lang zu weniger Migration führt.

Im Folgenden möchte ich diese beiden Annahmen und ihr Zusammenwirken in genealogischer Perspektive betrachten. Für Michel Foucault hat die Genealogie zwei Dimensionen: eine historische und eine taktische.¹ Eine Genealogie zu betreiben, bedeutetet für Foucault erstens, eine historische Perspektive auf ein Problem zu werfen, ausgehend von den Begriffen, in denen es sich gegenwärtig stellt (Foucault 2005: 831). Auf diese Weise ließe sich die historische Gewordenheit von Wissen untersuchen und der Anspruch der etablierten Wissenschaften auf universelle Wahrheit kritisieren (Foucault 2002: 172). Foucault zufolge sind Genealogien „Anti-Wissenschaften“, die sich gegen zentralisierende

¹ William Walters unterscheidet hingegen drei Stile genealogischer Forschung: Genealogie als das Aufspüren von Abstammungslinien, Genealogie als Gegen-Erinnerung oder Re-Serialisierung sowie Genealogie als das Aufdecken vergessener Kämpfe (Walters 2012: 115–140). Meinem Verständnis nach ist die taktische Dimension in allen drei Stilen präsent, insbesondere jedoch im zweiten und dritten Stil.

Machtwirkungen wenden (Foucault 2001: 23). „Den Machtwirkungen, wie sie einem als wissenschaftlich betrachteten Diskurs eigen sind, muß die Genealogie den Kampf ansagen.“ (Foucault 2001: 24) Verschiedene Wissensarten würden im Rahmen der wissenschaftlichen Disziplinen in eine Machthierarchie eingeschrieben. Einige Wissensformen würden im Laufe der Zeit verschüttet und gerieten in Vergessenheit, andere würden als unqualifiziertes Wissen abgewertet und fast vollständig aus dem Raum des Sagbaren verdrängt. Ein Blick auf Kontinuitäten, Brüche und Verschiebungen lohnt sich jedoch nicht nur für die wissenschaftliche Wissensproduktion, sondern auch für politische Diskurse. Dies zeigt Foucault in seinen Vorlesungen zur „Geschichte der Gouvernementalität“ (Foucault 2006b, 2006a) hinsichtlich sich ablösender Rationalitäten des Regierens und in seinen Vorlesungen „In Verteidigung der Gesellschaft“ (Foucault 2001) anhand sich historisch wandelnder Vorstellungen von „Rasse“. Ein historisch-genealogischer Blick ermöglicht es also zu zeigen, in welchen Kontinuitäten und Diskontinuitäten die aktuelle Debatte um Fluchtursachenbekämpfung und die mit ihr verbundenen Politiken stehen.

Für Foucault beinhaltet die Genealogie zweitens eine taktische Dimension, indem sie nämlich darauf zielt, diese „unterworfenen Wissen“ (Foucault 2001: 23) „aus der Unterwerfung zu befreien, d.h., sie fähig zu machen zu Widerstand und Kampf gegen den Zwang eines einheitlichen formalen und theoretischen Wissenschaftsdiskurses“ (Foucault 2001: 25). Wenn man genauer betrachtet, wie sich bestimmtes Wissen über Migration im Laufe der Zeit verändert hat, wie neue Begriffe aufgetaucht oder alte Begriffe mit neuen Bedeutungen gefüllt wurden, so eröffnet dies eine Vorstellung davon, wie heute möglicherweise ganz anders über Fluchtursachenbekämpfung diskutiert würde, hätten sich andere Zufälligkeiten ereignet und hätten sich Machtverhältnisse anders verschoben. Ein Blick auf „unterworfenen Wissen“ oder sich in der Unterwerfung

befindliche Wissensarten, Begriffe und Kausalitätsvorstellungen bietet somit Anregungen, wie sich Fluchtursachenbekämpfung heute anders denken ließe.

Im ersten Teil des Beitrags möchte ich zunächst die in der Debatte um Fluchtursachenbekämpfung verwendeten Begriffe kritisch hinterfragen, indem ich zwei seit einigen Jahren beobachtbare semantische und diskursive Verschiebungen im Begriffsfeld Flucht/ Migration beleuchte und zeige, wie sich diese in internationalen politischen Dokumenten der Fluchtursachenbekämpfung widerspiegeln. Im zweiten Teil möchte ich die implizite Norm einer sesshaften Lebensweise in der Debatte um Fluchtursachenbekämpfung aufzeigen, indem ich die zentralen Argumente der wissenschaftlichen Diskussion um einen „sedentary bias“ zusammenfasse. Im dritten Teil beleuchte ich die Vorgeschichte der aktuellen Debatte um Fluchtursachenbekämpfung, indem ich einen historisch-genealogischen Blick auf Diskussionen über das Verhältnis zwischen Migration und Entwicklung in den letzten 60 Jahren werfe und dabei vier konkurrierende Kausalitätsvorstellungen herausarbeite, die sich historisch ablösen, wiederauftauchen und teilweise zeitgleich bestehen. Im letzten Teil möchte ich schließlich an die historisch letzte große Verschiebung heranzoomen, die sich im Denken über das Verhältnis von Migration und Entwicklung ereignet hat und für die Sesshaftigkeit als Norm von zentraler Bedeutung ist. Hierfür vergleiche ich das seit 2015 deutlich geschwächte Mobilisierungsdispositiv „Migration&Entwicklung“ (Stielike 2017) mit dem seitdem erstarkenden Immobilisierungsdispositiv „Containment Development“ (Landau 2019). Die Analyseperspektive des Dispositivs ermöglicht es hier, die Verwobenheit von Diskursen, Subjektivierungsweisen und institutionellen Praktiken in den Blick zu nehmen.

Flucht- und/oder Migration? Semantische und diskursive Verschiebungen

Fluchtursachenbekämpfung ist ein hochgradig politisch aufgeladener Begriff. Während das Pendant im Englischen – „addressing the root causes of forced displacement“ – mit ‘adressieren, ansprechen oder sich mit etwas befassen‘ ein relativ neutrales Verb beinhaltet, ist Bekämpfung oder bekämpfen ein kriegerischer Ausdruck, der sich in der Alltagssprache z.B. gegen Feinde oder Seuchen richtet. In Zeiten, in denen nationalistische und rassistische Diskurse, die eine Politik der Abschottung gegenüber Migrant*innen legitimieren, in Europa an Macht gewinnen, besteht die Gefahr einer semantischen Verschiebung, innerhalb derer „Flucht“ und „Ursachen“ in den Hintergrund treten und Fluchtursachenbekämpfung die Bedeutung von Migrationsbekämpfung annimmt.

Anzeichen für eine Verschiebung von Flüchtling zu Migrant werden beispielsweise in einer quantitativen computerlinguistischen Analyse der Bundestagsdebattenprotokolle seit 1949 durch ein Rechercheteam der Süddeutschen Zeitung sichtbar. Während in der Legislaturperiode 2013 bis 2017 Bundestagsabgeordnete den Begriff Flüchtling so oft wie nie zuvor gebrauchten, zeigt sich in der aktuellen Legislaturperiode – und somit nach Einzug der rechtspopulistischen bis rechtsextremen Partei Alternative für Deutschland (AfD) in den deutschen Bundestag – eine deutlich geringere Verwendung des Flüchtlingsbegriffs und stattdessen ein Aufstieg des Begriffs Migrant. Vertreter*innen der AfD würden bewusst Migrant statt Flüchtling sagen, beispielsweise von „syrischen Migrant*innen“ sprechen, wenn es in der Debatte explizit um Bürgerkriegsflüchtlinge gehe. Um zu zeigen, dass es sich hierbei um einen gezielten Einsatz von Sprache handelt, zitiert die Studie einen AfD-Abgeordneten mit den Worten: „Ich möchte nur sichergehen, dass ich Sie auch richtig verstanden habe. Sie sagen also, die Menschen, die Sie Flüchtlinge nen-

nen und ich Migranten ...“ (Ebitsch u. a. 2020) Der Studie zufolge ist die veränderte Nutzung von Flüchtling und Migrant Beispiel für ein „rechtes Framing, also das bewusste oder unbewusste Nutzen und Einspeisen von Wörtern, die einen ganz anderen Deutungsrahmen aufrufen, die also andere Assoziationen auslösen und so Denken und Handeln beeinflussen können“ (Ebitsch u. a. 2020). Das veränderte Framing sei Anzeichen für eine Diskursverschiebung:

„Während der Begriff Flüchtling eher an Empathie, Hilfsbereitschaft und Solidarität appelliert, ist der Migrant erst einmal ein Mensch in Bewegung – dessen Schutzbedürftigkeit und die etwaige Legitimität dieser Bedürftigkeit werden begrifflich nicht transportiert. Wenn also im Parlament mehr und mehr von **Migranten** statt von **Flüchtlingen** die Rede ist, weist das auf eine Verschiebung des Framings und damit in der Folge auch des Diskurses hin.“ (Ebitsch u. a. 2020, Hervorhebung im Original)

Die Ankündigung des Nachrichtensenders Al Jazeera im August 2015 die Menschen im Mittelmeer zukünftig als Flüchtlinge und nicht länger als Migrant*innen zu bezeichnen, da letzterer Begriff zu einer Dehumanisierung und Distanzierung beitrage und insgesamt negativ besetzt sei (Carling 2017a), kann als proaktive Strategie gegen eine solche Diskursverschiebung gelesen werden.

Der Migrationsforscher Jørgen Carling beobachtet und kritisiert eine anders gelagerte Bedeutungsverschiebung, die die Begriffe Flüchtling und Migrant betrifft. Ihm zufolge setzt sich seit einigen Jahren zunehmend ein residuales Verständnis von Migrant*innen gegenüber einem inklusiven Verständnis durch (Carling 2017d). Während der Begriff Flüchtling² durch die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 sowie das ergänzende

² Ein Flüchtling ist jede Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch neh-

Protokoll zum Abkommen von 1967 klar definiert ist, existiert im internationalen Recht keine allgemeine Definition von Migrant*in. Beispiel für ein inklusives Verständnis sei die Definition der Internationalen Organisation für Migration (IOM), welche „migrant“ als einen Sammelbegriff für eine Person versteht, die aus unterschiedlichsten Gründen von ihrem gewöhnlichen Wohnort wegzieht, sei es innerhalb eines Landes oder über internationale Grenzen hinweg, sei es vorübergehend oder dauerhaft (International Organization for Migration 2019: 130). Diesem Verständnis nach sind also alle Flüchtlinge Migrant*innen, aber nicht alle Migrant*innen Flüchtlinge. Der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) vertrete hingegen ein residuales Verständnis, indem als Migrant*innen alle Personen gefasst werden, die ihren gewöhnlichen Wohnort aus allen möglichen Gründen verlassen, jedoch nicht aufgrund von Krieg oder Verfolgung.³ Migrant*innen sind in dieser Lesart also diejenigen, die übrig bleiben, wenn man Flüchtlinge aussortiert – daher residual. Carling argumentiert, dass der UNHCR ein residuales Verständnis von Migrant*in propagiere, u.a. um eine klare Arbeitsteilung mit der IOM, die aus Sicht des UNHCR für Migrant*innen, nicht aber für Flüchtlinge zuständig sei, zu gewährleisten. Die zunehmende Verbreitung dieser Lesart finde beispielsweise auch in der so alltäglich gewordenen

men kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will“ (Genfer Flüchtlingskonvention 1951, Artikel 1).

³ „Migrants choose to move not because of a direct threat of persecution or death, but mainly to improve their lives by finding work, or in some cases for education, family reunion, or other reasons. Unlike refugees who cannot safely return home, migrants face no such impediment to return. If they choose to return home, they will continue to receive the protection of their government.“ <https://www.unhcr.org/en-us/news/latest/2016/7/55df0e556/unhcr-viewpoint-refugee-migrant-right.html> (09.03.2020)

Formulierung „Flüchtlinge und Migranten“ in Politik und Medien ihren Ausdruck (Carling 2017c).

Carling plädiert jedoch für ein inklusives Verständnis des Begriffs Migrant*in und liefert fünf Argumente gegen eine residuale Lesart. Erstens könne der Begriff Migrant*in zu einem ‚tödlichen Label‘ werden, wenn a priori davon ausgegangen würde, dass als Migrant*innen bezeichnete Menschen keinen internationalen Schutz nach der Genfer Konvention bräuchten oder nicht für diesen in Frage kämen. Ein inklusives Verständnis schaffe hingegen ein Bewusstsein dafür, dass alle Migrant*innen potentiell Flüchtlinge sein oder werden können und garantiere somit den Zugang zu internationalem Schutz für alle. Zweitens berge das residuale Verständnis die Gefahr von Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe und Herkunft. So würden Personen aus bestimmten Herkunftsländern, die in Europa eine niedrige Asylanererkennungsquote haben, pauschal als Migrant*innen bezeichnet, während Personen aus Herkunftsländern mit hohen Asylanererkennungsquoten als Flüchtlinge gelabelt würden – und dies bevor das individuelle Recht auf Asyl überhaupt geprüft wurde. Alle hingegen zunächst als Migrant*innen zu bezeichnen, würde es ermöglichen, diese pauschalisierenden Vorannahmen zu vermeiden. Drittens sensibilisiere die Verwendung von Migrant*in als Sammelbegriff für die spezifischen Rechte verschiedener Gruppen von Migrant*innen wie Flüchtlinge, Kinder oder Betroffene von Menschenhandel. Viertens hätten bereits Generationen von Migrationsforscher*innen gezeigt, dass die Grenzen zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Migration fließend seien. Da die Grenzziehung zwischen Flüchtlingen und anderen Migrant*innen immer eine Herausforderung bleiben werde, sei es sinnvoll einen gemeinsamen Begriff für beide Seiten dieser Grenze zu haben. Fünftens schließlich argumentiert Carling, die Sichtweise Flüchtlinge seien keine Migrant*innen impliziere, dass sie nicht migrierten, sondern sich an Flüchtlingsbewegungen beteiligten. Somit würde die Bedeutung

von Migration als globales Phänomen und Politikfeld, zu dem auch Flüchtlinge gehörten, unterminiert. Dies führe u.a. dazu, dass Flüchtlinge in politischen Konzepten zu „Migration und Entwicklung“ oder „Migration und Integration“ nicht mehr mitgedacht würden und letztlich nicht von Politiken in diesen Feldern profitieren könnten (Carling 2017b).

Was bedeuten die beschriebenen Bedeutungsverschiebungen und Begriffspolitiken aber für die internationale Debatte um Fluchtursachenbekämpfung? Der für die europäische Diskussion um Fluchtursachenbekämpfung zentrale Aktionsplan des euro-afrikanischen Gipfeltreffens im November 2015 in Valletta (Malta) differenziert zwischen den Ursachen von Flucht bzw. Zwangsmigration einerseits und irregulärer Migration andererseits. Es sollen also nicht die Ursachen sämtlicher Migration bekämpft werden, sondern nur der Art von Migration, die als erzwungen oder irregulärer qualifiziert wird. Dass irreguläre Migration ebenfalls erzwungen sein könnte oder erzwungene Migration irregulär, wird somit aus dem Raum des Denk- und Sagbaren ausgeschlossen. Angesichts der Tatsache, dass legale Migrationswege nach Europa extrem eingeschränkt sind, gilt ein großer Anteil der internationalen Migration als irregulär – und wird somit als ein durch Ursachenbekämpfung zu lösendes Problem konstruiert. Im Valletta-Aktionsplan finden sich außerdem Aufzählungen, die Flüchtlinge und Migrant*innen als zwei voneinander getrennte Gruppen betrachten. Meist werden die Begriffe Migration und Migrant*in jedoch als „irregular“ näher spezifiziert, was eine gewisse Offenheit für ein inklusives Verständnis impliziert, das irreguläre Migration und Flucht als spezifische Formen von Migration begreift.

Die als „New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten“ bekannte Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen von September 2016 trägt bereits das residuale Verständnis im Titel und geht auch sonst konsequent davon aus, dass Flüchtlinge keine Migrant*innen sind, auch wenn sich beide Gruppen „vielen gemeinsamen Problemen

gegenüber“ sähen und „ähnlichen Risiken ausgesetzt“ seien (Vereinte Nationen 2016: 2). In der Folge der Resolution wurden demnach auch zwei voneinander getrennte globale Pakte zu Migration einerseits und Flüchtlingen andererseits ausgehandelt und im Dezember 2018 verabschiedet. Der „Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ versteht „Flüchtlinge und Migranten“ als „verschiedene Gruppen, die separaten Rechtsrahmen unterliegen“ und bezieht sich explizit ‚nur‘ auf „Migranten“ (Vereinte Nationen 2018a: 2). Somit ist in Ziel 2 des Paktes auch nicht von Fluchtursachenbekämpfung die Rede, sondern von der „Minimierung nachteiliger Triebkräfte und struktureller Faktoren, die Menschen dazu bewegen, ihre Herkunftsländer zu verlassen“ (Vereinte Nationen 2018a: 8). Letztlich ist jedoch auch hier, wie im oben genannten Aktionsplan, die „irreguläre Migration“ gemeint:

„Wir verpflichten uns, förderliche politische, wirtschaftliche und soziale Bedingungen sowie Umweltbedingungen zu schaffen, unter denen die Menschen in ihren eigenen Ländern ein friedliches, produktives und nachhaltiges Leben führen und ihre persönlichen Ambitionen verwirklichen können, und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass Verzweiflung und sich verschlechternde Umweltbedingungen sie nicht dazu veranlassen, durch irreguläre Migration anderswo eine Existenzgrundlage zu suchen.“ (Vereinte Nationen 2018a: 8)

Der „Globale Pakt für Flüchtlinge“ fokussiert ausschließlich auf Flüchtlinge und die Begriffe Migration und Migrant*in sind nahezu abwesend. Fluchtursachenbekämpfung wird hier als „Prävention und Bekämpfung der tieferen Fluchtursachen“ bezeichnet (Vereinte Nationen 2018b: 3), wobei „tiefere Fluchtursachen“ hier kein neues Konzept darstellt, sondern nur eine neue Art der Übersetzung für die gängige englischsprachige Formulierung „root causes“ (United Nations 2018: 2). Anders als es die auf Abgrenzung zielenden Begriffspolitiken erwarten lassen, sind die in den beiden Pakten vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung

von Migrationsursachen einerseits und Fluchtursachen andererseits jedoch größtenteils identisch: Konflikte vermeiden, Rechtsstaatlichkeit fördern, Menschenrechte schützen, Diskriminierung beenden, Armut mindern, Umweltkatastrophenrisiken verringern und Entwicklungshilfe bereitstellen (Vereinte Nationen 2018a: 8f., 2018b: 3).

Insgesamt zeigt sich, dass spezifische Verwendungsweisen und Kontextualisierungen der Begriffe Flüchtling und Migrant spezifische politische Implikationen haben. Wenn ich nun im Folgenden Flucht als eine Form von Migration betrachte und in Beziehung zu Debatten über Sesshaftigkeit als Norm und über die Kausalitäten von Migration und Entwicklung stelle, dann nicht, um einer diskursiven Entmenschlichung von oder Entsolidarisierung mit Menschen auf der Flucht Vorschub zu leisten. Vielmehr geht es mir darum im Sinne der Foucault'schen Genealogie ausgehend von der aktuellen Frage der Fluchtursachenbekämpfung einen Blick zurück zu werfen und auf diese Weise die historische Gewordenheit der aktuell verkündeten Wahrheiten und genutzten Begrifflichkeiten aufzuzeigen. Somit lassen sich möglicherweise neue Ansätze für eine kritische Analyse finden. Eine Fokussierung auf Brüche, Kontinuitäten und Verschiebungen zeigt außerdem, dass sich Diskurse und Praktiken auch ganz anders hätten entwickeln können und dass ein anderes Denken von Flucht oder Migration auch heute möglich ist.

„Sedentary Bias“ – Sesshaftigkeit als Norm

Im Rahmen der Debatte um Fluchtursachenbekämpfung wird Migration als ein ‚Problem‘ gefasst, das mittels der Beseitigung ihrer Ursachen gelöst werden kann. Implizit wird also davon ausgegangen, dass Migration eine problembehaftete Abweichung von der Norm ist, die es zu beheben gilt,

dass spezifische Ursachen für Migration ausgemacht werden können und dass es bestimmte Akteure gibt, die diese Ursachen beseitigen können.

In ihrem Aufsatz „Refugees and Exile: From ‘Refugee Studies’ to the National Order of Things“ vollzieht die Anthropologin Liisa Malkki verschiedene historische Formen der Problematisierung von Flucht und Flüchtlingen nach. Sie argumentiert, dass Flüchtlinge nicht schon immer als internationales humanitäres Problem verstanden worden seien. Vielmehr seien sie gegen Ende des Zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorrangig als militärisches Problem gefasst worden, das von militärischen Akteuren und nach militärischen Logiken verwaltet werden musste. Mit Gründung des UNHCR im Jahr 1951 wurden Malkki zufolge Flüchtlinge schließlich zu einem internationalen sozialen oder humanitären Problem und erst mit der Dekolonisierung der 1960er Jahre zu einem Problem der ‚Dritten Welt‘ oder von ‚Entwicklungsländern‘ (Malkki 1995: 503). In der Folge habe der Entwicklungsdiskurs die fluchtbezogene Forschung regelrecht ‚kolonisiert‘. Das zentrale Argument vieler Studien sei stets gewesen, internationale Akteure sollten sich nicht auf akute Nothilfe beschränken, sondern auch langfristige Entwicklungshilfe leisten, um die Lebensbedingungen von Menschen in armen Regionen der sogenannten ‚Dritten Welt‘ zu verbessern (Malkki 1995: 506). Dies ist ein Argument, das auch in der aktuellen Diskussion um Fluchtursachenbekämpfung verbreitet ist. Für Malkki ist es eine offene Frage, welche anderen Arten Flucht und Flüchtlinge zu denken durch das stark entwicklungspolitische Framing verunmöglicht wurden:

„While there is certainly good reason to look beyond immediate emergency relief in cases of mass displacement, it is also worth tracing precisely how the discourse of development has colonized refugee issues, and what other intellectual or political connections have been erased and rendered unthinkable in this process.“ (Malkki 1995: 506f.)

So geht sie beispielsweise davon aus, dass der Entwicklungsdiskurs zur Entpolitisierung von Flüchtlingsbewegungen beigetragen habe, indem er die politischen und historischen Prozesse, die Flucht auslösen, in den Hintergrund rücke.

Neben einer unkritischen Übernahme von Theorien aus der Entwicklungsforschung kritisiert Malkki den Rückgriff der Flüchtlingsforschung auf funktionalistische Theorien von Gesellschaft. Hier werde „displacement“⁴ als Anomalie im Leben einer Gesellschaft konstruiert, die ansonsten als unversehrt, stabil und sesshaft imaginiert werde. Diese Sichtweise bezeichnet sie als „sedentary analytical bias“ oder auch als „sedentary norm“ (Malkki 1995: 508). In einem früheren Aufsatz beschreibt Malkki einen „metaphysical sedentarism“ (Malkki 1992: 37), der kulturelle und nationale Identitäten territorialisiere, also an geographische Ort binde, und überhaupt erst die Vorstellung ermögliche, dass territoriales „displacement“ etwas Pathologisches sei (Malkki 1992: 31). Die Vorstellung, dass die ‚Entwurzelung‘ von Menschen aus einer territorial definierten Heimat zwingend zu gebrochenen Identitäten führe, stabilisiere außerdem die Annahme, staatliche Souveränität sei Teil einer natürlichen oder notwendigen ‚Ordnung der Dinge‘ (Malkki 1995: 511). Dies wiederum führe zu drei weiteren Prozessen der Naturalisierung: Erstens erscheine so die Abschottung gegenüber Flüchtlingen als natürlich und vernünftig. Zweitens werde die Kontrolle der Mobilität dieser als ‚entwurzelt‘ bezeichneten Menschen zu einer unhinterfragten Notwendigkeit und würden die mit der Mobilitätskontrolle verbundenen

⁴ „Displacement“ hat viele Bedeutungen und kann u.a. mit Vertreibung, Umsiedlung, Verdrängung, Verschleppung, Dislokation, Versetzung und Verlagerung übersetzt werden. „Forced Displacement“ wird in der Regel mit Vertreibung übersetzt (Vereinte Nationen 2018b: 8). Da Malkki hier nicht explizit von „forced displacement“ spricht, scheint sie mir den Grad an Freiwilligkeit der Bewegung bewusst offen lassen zu wollen. Ich habe mich daher entschieden, den Begriff „displacement“ hier nicht zu übersetzen, um die Uneindeutigkeit zu bewahren.

Machttechnologien zu einer Selbstverständlichkeit. Drittens schließlich käme es zu einer Essentialisierung von Flüchtlingen als eigenständige Community oder Kultur und somit würden sie zu einem scheinbar natürlichen Untersuchungsgegenstand anthropologischer Studien (Malkki 1995: 511f.).

In ihrem Forschungsstandbericht „Migration and Sustainable Livelihoods“ konstatieren auch der Anthropologe Christopher McDowell und der Historiker Arjan de Haan einen „sedentary bias in Western history and policy-making“ und plädieren dafür, eher von Bewegung statt von Sesshaftigkeit als Norm auszugehen (McDowell und de Haan 1997: 4). Ihnen zufolge würden westliche Entwicklungsmodelle den Mythos der Nicht-Bewegung exportieren, während sie gleichzeitig Politiken verfolgten, die Bevölkerungsbewegungen anstießen oder voraussetzten (z.B. Industrialisierung, Kommerzialisierung, Liberalisierung) (McDowell und de Haan 1997: 4). Die Autoren schlagen vor, Migration als eine Existenzsicherungsstrategie von Haushalten zu verstehen, die entweder alternativ zu oder kombiniert mit anderen Strategien (z.B. landwirtschaftliche Diversifizierung oder Intensivierung) verfolgt werde (McDowell und de Haan 1997: 29).

Der Migrations- und Entwicklungsforscher Oliver Bakewell argumentiert, dass Entwicklungsorganisationen eine auf Sesshaftigkeit basierende Vorstellung von Entwicklung in Afrika hätten, die bis zu ihren Wurzeln in kolonialen Praktiken zurückverfolgt werden könne (Bakewell 2008: 1355). Dieser „sedentary bias“ (Bakewell 2008: 1342) verbunden mit dem anhaltenden Paternalismus im Entwicklungsdiskurs führe dazu, dass Mitarbeitende von Entwicklungsorganisationen oftmals nicht verstehen oder anerkennen würden, dass Migration eine wichtige Strategie sein könne, die eigenen Lebensbedingungen zu verbessern. Vielmehr zielten Entwicklungsprojekte oftmals darauf, dass große Teile ihrer ‚Zielgruppen‘ eine Lebensweise fortführten, welche diese eigentlich gerne aufgeben würden, wenn

sie die Möglichkeit dazu hätten (Bakewell 2008: 1352). Somit würden rationale Beweggründe für Migration und Mobilität verkannt und insbesondere armen Migrant*innen ihre Akteursqualität aberkannt, indem Mitarbeitende von Entwicklungsorganisationen sie als hilfebedürftige Opfer auffassten. Der „sedentary bias“ stehe somit einer Auffassung, dass Migration zu Entwicklung beitragen könnte, fundamental im Weg (Bakewell 2008: 1353).

Die Kausalitäten zwischen Migration und Entwicklung

Der Diskurs um Fluchtursachenbekämpfung beruht nicht nur auf der Vorstellung von Sesshaftigkeit als Norm, sondern auch auf einer spezifischen Vorstellung von den Kausalitäten zwischen Migration und Entwicklung, dass nämlich mehr Entwicklung über kurz oder lang zu weniger Migration führt. Migration und Entwicklung sind zwei äußerst aufgeladene Begriffe. Wie oben bereits beschrieben, unterscheiden sich verschiedene Verständnisse von Migration oft erheblich in ihren Annahmen über rechtliche, geographische, temporale, motivationale und identitätsbezogene Aspekte. Der Entwicklungsbegriff wird seit langem für seinen Ökonomismus, seinen Eurozentrismus und seine Teleologie kritisiert (Escobar 1995; Esteva 2010; Ferguson 1994; Nederveen Pieterse 2001; Sachs 2010; Ziai 2006). Wird Migration in Beziehung zu Entwicklung gesetzt, dient Entwicklung oft als flexibel füllbarer Begriff, der somit für verschiedenste Akteure mit oftmals gegenteiligen Interessen attraktiv erscheint (Stielike 2017: 526).

Das Verhältnis zwischen Migration und Entwicklung ist mindestens ebenso umstritten wie die Begriffe selbst. Aus meiner Sicht lassen sich vier konkurrierende Vorstellungen von den Kausalitäten zwischen Migration und Entwicklung herausarbeiten: Erstens besteht die Vorstellung, dass

mehr Entwicklung zu weniger Migration führt. Diese Vorstellung basiert auf der Annahme, dass Menschen Orte verlassen, wenn sie dort kein gutes Leben führen können und dass beispielsweise die Bekämpfung von Armut vor Ort sie zum Bleiben bringt. Mit dieser Sichtweise eng verbunden ist die Vorstellung, dass ‚Unterentwicklung‘ zu Migration führt. Zweitens besteht die Vorstellung, dass Entwicklung zu Migration führt. Diese Sichtweise beruht unter anderem auf der Annahme, dass nicht die sogenannten Ärmsten der Armen migrieren, da sie nicht über die für die Migration notwendigen Ressourcen verfügen, sondern dass ein steigendes Pro-Kopf-Einkommen die Migrationsrate erst einmal ansteigen lässt. Drittens besteht die Vorstellung, dass Migration Entwicklung verhindert. So wird beispielsweise die Abwanderung von hochqualifizierten Migrant*innen als „Braindrain“ und entwicklungshemmend für die Herkunftsländer eingeschätzt. Viertens schließlich besteht die Vorstellung, dass Migration zu Entwicklung führt. Hierbei liegt der Fokus auf den entwicklungsförderlichen Geldtransfers (Remittances) von Migrant*innen in ihre Herkunftsländer, dem Wissenstransfer von zirkulären Migrant*innen und rückkehrenden Unternehmer*innen sowie den entwicklungsförderlichen Aktivitäten sogenannter Diaspora-Organisationen. Vereinzelt werden im Rahmen dieser Vorstellung auch die positiven Effekte der Migration für die Entwicklung der Zielländer genannt.

Die vier konkurrierenden Vorstellungen von den Kausalitäten zwischen Migration und Entwicklung haben sich teilweise historisch abgelöst, aber auch überlagert und bestehen auch heute oftmals zeitgleich. Im Folgenden möchte ich diese Kausalitätsvorstellungen und die daran anschließenden Politiken in die Zeit zurückverfolgen. Dies geschieht nicht auf systematische Weise, sondern zeigt eher exemplarisch, wie dieser Komplex zu unterschiedlichen Zeitpunkten verhandelt wurde. Der Fokus liegt hierbei auf der internationalen Diskussion.

1960er Jahre: Migration führt zu Entwicklung

In den 1960er Jahren wurde Entwicklung in akademischen und öffentlichen Debatten erstmalig umfassend mit Migration in Beziehung gesetzt und somit kann Thomas Faist zufolge dieses Jahrzehnt als erste Phase des Migration-Development-Nexus bezeichnet werden (Faist 2009: 41). Auch Parvati Raghuram verweist auf eine Reihe von Studien zum Verhältnis von Migration und Entwicklung aus den späten 1950er und frühen 1960er Jahren (Raghuram 2007: 4). Migration aus dem globalen Süden in den globalen Norden wurde als ‚entwicklungsfördernd‘ für den Süden aufgefasst. Rücküberweisungen sowie Rückkehrmigration und der damit verbundene Transfer von ‚Humankapital‘ sollte im modernisierungstheoretischen Sinne die Entwicklung der Herkunftsländer vorantreiben. Außerdem besagte die damalige ökonomische Theorie, dass wenn überflüssige Arbeitskräfte aus dem Süden abwanderten, es zu einem neuen Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit kommen würde. Durch Migration verursachte Arbeitskräfteknappheit im Süden sollte neues Kapital anziehen und letztlich ökonomische Entwicklung bewirken (Faist 2009: 41). Neben dem Transfer von Geld („remittances“) und Fertigkeiten („skills“) waren in den 1960ern auch sogenannte „social remittances“⁵ bereits ein wichtiges Thema. Entsendeländer wie beispielsweise die Türkei bekundeten ihr Interesse daran, dass Arbeitsmigrant*innen die im ‚Westen‘ herrschende ‚Arbeitsmoral‘ erlernten und ‚in der Heimat‘ verbreiteten (Glick Schiller und Faist 2009: 9). Die vorherrschende angenommene Kausalität zwischen Migration und Entwicklung war also, dass Migration zu Entwicklung führt (Kausalität 4).

⁵ Unter „social remittances“ versteht das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen nicht-monetäre Transfers „in Form von Ideen, Verhaltensweisen und Identitätsmustern sowie [...] Sozialkapital“, die Migrant*innen an Verwandte und Bekannte im Herkunftsland leisten (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) 2009: 101). Der Begriff wurde bereits in den 1990er Jahren von Peggy Levitt geprägt (Levitt 1998: 926).

1970er und 80er Jahre: Migration verhindert Entwicklung – Entwicklung verhindert Migration

Die 1970er und 1980er Jahre können nach Faist als zweite Phase des Migration-Development-Nexus gefasst werden. Nicht mehr Entwicklung, sondern Dependenz stand nun im Zentrum der Diskussion. Die sogenannte ‚Unterentwicklung‘ in den Ländern des Südens galt als ein Effekt der strukturellen Bedingungen in der durch das Zentrum ausgebeuteten Peripherie. Die bisher in Entwicklungskreisen hegemoniale Modernisierungstheorie wurde durch Dependenz- und Weltsystemtheorie vehement kritisiert.⁶ In diesem Rahmen bildete sich eine neue Perspektive auf Migration heraus: Nicht mehr die entwicklungsförderlichen Auswirkungen von Migrationsprozessen standen im Fokus, sondern Migration wurde in erster Linie als Resultat von ‚Unterentwicklung‘ aufgefasst. Implizit wurde also davon ausgegangen, dass mehr Entwicklung im globalen Süden letztlich zu weniger Migration in den globalen Norden führen würde (Kausalität 1). Die entwicklungshemmenden Auswirkungen des „Braindrains“ für die Länder des Südens, also die negativen Effekte der Abwanderung der gut Ausgebildeten aus der Peripherie in die Zentren der Industrieländer, etablierten sich als zentraler Diskussionsgegenstand (Faist 2009: 41f.). Migration wurde also als schädlich für Entwicklung aufgefasst (Kausalität 3).

⁶ Die Vertreter*innen der Dependenz- und Weltsystemtheorie der 1970er Jahre kritisierten, das herrschende modernisierungstheoretische Entwicklungsparadigma ignoriere historische Abhängigkeitsverhältnisse und die Beziehung von „Entwicklung und Unterentwicklung“ zueinander. Um die Lage der „unterentwickelten“ Länder zu analysieren, hielten sie es für unerlässlich, „die entscheidende Rolle externer Faktoren“ zu beleuchten, denn „die Sozialstruktur dieser Länder ist nicht das Resultat eines selbstbestimmten historischen Prozesses“, sondern „entscheidend geprägt durch die Einflussnahme ausländischer Hegemonialmächte“. Die „Entwicklung“ (des Zentrums) und die „Unterentwicklung“ (der Peripherie) wurde als „historisch gleichzeitig und funktional interdependent, [als] zwei Seiten derselben Medaille, desselben Prozesses der Herausbildung eines kapitalistischen Weltsystems“ verstanden (Hauck 2004: 23).

Als es im Jahr 1973 im Rahmen der Ölkrise in den Industrieländern zu einer starken Rezession und damit steigenden Arbeitslosenzahlen kam, wurden in Europa die Grenzen für Arbeitsmigrant*innen geschlossen. Die nahezu einzig übrigen Zugangs- und Aufenthaltsoptionen blieben nun der Familiennachzug, das Asylverfahren oder der irreguläre Aufenthalt (Olesen 2002: 127; Geddes 2003; Bommes 2001). In dieser Situation verlagerte sich der Fokus der Entwicklungspolitik auf zwei Gebiete: Erstens wurden Programme zur Rückkehrförderung von sogenannten ‚Gastarbeiter*innen‘ ins Leben gerufen (Collyer 2011: 8; Kerner 2002: 55). Zweitens zielte die Politik darauf, den sogenannten ‚Migrationsdruck‘, also die Zahl der Migrant*innen, die in Europa arbeiten und leben wollten, auf andere Weise zu verringern, nämlich durch die Verbesserung der Lebensbedingungen im Herkunftsland bzw. die Bekämpfung von Migrationsgründen (Olesen 2002: 127). Auch dieser Politik lag die Annahme zugrunde, dass mehr Entwicklung zu weniger Migration führen würde (Kausalität 1).⁷

1990er, 2000er, 2010er: Migration führt zu Entwicklung

Ein Diskussionspapier der Weltbank von 1990 argumentierte, dass das Ausmaß von „Braindrain“ im südlichen Afrika lange Zeit übertrieben worden und durchaus eine ausreichende Anzahl an Fachkräften vorhanden sei (Black und King 2004: 77). Dieses Papier kann als erstes Anzeichen für eine weitere Verschiebung in der Debatte gedeutet werden. Auch Thomas

⁷ Die Übergänge zwischen den von Faist skizzierten Phasen des Migration-Development-Nexus scheinen durchaus fließend zu sein. So zeichnet Henrik Olesen nach, dass der Begriff „Braindrain“ nicht erst in den 1970er Jahren unter Eindruck der Dependenztheorie verwendet wurde, sondern bereits in den 1960er Jahren in Umlauf geriet, als die ersten Studienabgänger*innen der gerade erst dekolonisierten Länder begannen, ins Ausland abzuwandern. Ebenfalls schon in den 1960er Jahren versuchten Herkunftsländer Arbeitsmigrant*innen mit Hilfe von Anreizen wieder zurückzuholen (Olesen 2002: 136ff.).

Faist datiert den Beginn der dritten Phase des Migration-Development-Nexus bereits in die 1990er Jahre. Aus der pessimistischen Haltung gegenüber den Auswirkungen der Migration auf Entwicklung unter dem Stichwort „Braindrain“ wurde ein optimistischer Bezug auf Rücküberweisungen, Wissenstransfer und sogenannte „social remittances“ unter dem Stichwort „Braingain“ (Zoomers u. a. 2008: 2ff.; Faist 2009: 42). Ähnlich wie in den 1960er Jahren wurden wieder die positiven Aspekte der Migration im Hinblick auf Entwicklung hervorgehoben. Die Vorstellung, dass mehr Migration zu mehr Entwicklung führt (Kausalität 4), breitete sich in internationalen Institutionen und Foren immer weiter aus.⁸ Die OECD veranstaltete 1991 ihre erste Konferenz zum Thema Migration und Entwicklung. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen thematisierte die Bedeutung von Migration für Entwicklung erstmalig im

⁸ Zu einer regelrechten „Celebration of Circulation“ (Faist 2009: 42) kam es jedoch nur langsam. So fand Migration in der *United Nations Millennium Declaration* vom September 2000 und der Road Map zu deren Umsetzung von 2001 beispielsweise nur im Hinblick auf die Verbesserung der Rechte von Arbeitsmigrant*innen, die Ausbreitung von Krankheiten und die Bekämpfung von Schleusern Erwähnung. Die entwicklungsförderlichen Dimensionen wurden hingegen nicht thematisiert (Bakewell 2009: 791; Collyer 2011: 1; United Nations General Assembly 2000: 7; United Nations Secretary-General 2001: 4, 10, 36–39). Auch in den von der Weltbank initiierten „Poverty Reduction Strategy Papers“ (PRSPs) afrikanischer Staaten war Migration Anfang der 2000er Jahre noch negativ konnotiert (Black und King 2004: 78). Eine Erklärung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2002 beinhaltete zwar bereits die prominenten Schlagworte „migration hump“, „remittances“ und „brain circulation“ der späteren Debatte, zielte allerdings in erster Linie auf die Einbindung von Drittstaaten in das „migration management“. Hierfür empfahl die Kommission die Vereinbarung von Rückübernahmeabkommen mit wichtigen Herkunftsländern der Migration. Als Gegenleistung für handels- und entwicklungspolitische Zusagen der EU sollten sich Länder in diesem Rahmen verpflichten, ihre aus der EU abgeschobenen Staatsangehörigen wieder ins Land zu lassen (European Commission 2002: 25f.). Unter dem Stichwort „Migration und Entwicklung“ wurde also bereits im Jahr 2002 die Beteiligung an der Kontrolle bzw. am „Management“ von Migration zu einer Konditionalität europäischer Entwicklungshilfe (Faist 2009: 50f.; Schwiertz 2011).

„Human Development Report“ von 1992. Hier wurde postuliert, dass die Öffnung des Nordens gegenüber Migration aus dem Süden die Einkünfte der Entwicklungsländer jährlich um 200 Milliarden US-Dollar steigern würde. Die International Labour Organisation (ILO) veröffentlichte 1994 ihre erste Studie zum Thema und die „International Conference on Population and Development“ (ICPD) in Kairo im Jahr 1994 war die erste internationale Konferenz, auf der das Thema Migration im Hinblick auf Entwicklung diskutiert wurde (Olesen 2002: 129f.).

Den zentralen Referenzpunkt für politische Akteure und wissenschaftliche Expertise bildet allerdings – bis heute – der „Global Development Finance Report“ der Weltbank aus dem Jahr 2003, der verkündete, dass die Geldtransfers von Migrant*innen in ihre Herkunftsländer die weltweiten Entwicklungshilfeszahlungen weit übertreffen (Ratha 2003). Migrant*innen wurden jedoch nicht nur als finanzielle Ressource ausgemacht, sondern auch als Akteure des Wissenstransfers, die ihre im Zielland erworbenen Kompetenzen durch Kurzaufenthalte oder eine endgültige Rückkehr für das Herkunftsland nutzbar machen. Auf diese Weise sollte es zu einem entwicklungsförderlichen „Braingain“ in den Ländern des Südens kommen. Um „Braindrain“ zu vermeiden und „Braingain“ zu fördern, wurde außerdem das Konzept der „zirkulären Migration“ oder „brain circulation“ propagiert.⁹ Auf mehrere Jahre angelegte Pendelmigrationen, die mit der Rückkehr ins Herkunftsland enden, sollten finanzielle Ressourcen und ‚frisches‘ Wissen ins Herkunftsland transportieren und gleichzeitig verhindern, dass den Ländern des Südens

⁹ So heißt es beispielsweise im Bericht der „Global Commission on International Migration“: „In the current era, there is a need to capitalize upon the growth of human mobility by promoting the notion of ‚brain circulation‘, in which migrants return to their own country on a regular or occasional basis, sharing the benefits of the skills and resources they have acquired while living and working abroad.“ (Global Commission on International Migration 2005: 31)

auf Dauer wertvolles ‚Humankapital‘ verloren ging.¹⁰ Neben einzelnen Migrant*innen als Geld- und Wissenstransferagent*innen galten zurückkehrende Unternehmer*innen als wichtige Entwicklungsakteure, die Arbeitsplätze schufen und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Ziel- und Herkunftsland aufbauten. Außerdem im Fokus der Diskussion standen sogenannte Diaspora-Organisationen, das heißt Vereine von Migrant*innen, die mittels karitativer Projekte zur Entwicklung ihres Herkunftslandes beitragen wollten. Der Wirkungsradius der Vorstellung, dass Migration zu Entwicklung führt (Kausalität 4) vergrößerte sich zwischen 2003 und 2013 stetig. Im Jahr 2005 forderte die vom damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan initiierte „Global Commission on International Migration“ die Beiträge von Migrant*innen zu Entwicklung und Armutsminderung im Herkunftsland – aber auch zum Wohlstand des Ziellandes – stärker zu würdigen und zu fördern (Global Commission on International Migration 2005: 23). Daraufhin fand im September 2006 im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen der erste „High-Level Dialogue on International Migration and Development“ statt. Hier wurde der Grundstein für das seitdem jährlich in verschiedenen Regionen der Welt abgehaltene „Global Forum on Migration and Development“ gelegt.¹¹ Die positiven Effekte von Migration für Entwicklung wurden jedoch nicht nur in internationalen Gremien diskutiert, sondern auch die Regierungen von Ziel- und Herkunftsländern formulierten zunehmend konkrete Politiken in diesem Feld. So entwarfen Zielländer Strategien, um Migrant*innen und ihre Vereine in entwicklungspolitische Programme einzubinden (Sinatti und Horst 2014; Stielike 2017: 237–273; CIM und Engagement Global 2013) und Herkunftsländer versuchten Anreize zu schaffen, damit ihre im Ausland lebenden (ehemaligen) Staatsbürger*innen sich als Unternehmer*innen, Investor*innen oder im

¹⁰ Kritiker*innen sehen in dieser Idee eine Neuauflage der sogenannten Gastarbeiterprogramme der 1950er und 60er Jahre (Nuscheler 2009: 149; de Haas 2007b: 831).

¹¹ <https://www.gfmd.org/> (10.03.2020)

Rahmen karitativer Projekte für ihre Herkunftsländer engagierten (Turner und Kleist 2013; Ankomah u. a. 2012; de Haas 2007a; Koser 2003). Die internationale Debatte und ihre nationalstaatlichen Materialisierungen hatten außerdem konkrete Auswirkungen für Migrant*innen selbst. Die Förderungsmöglichkeiten für Diaspora-Organisationen vergrößerten sich und Migrant*innen wurden von staatlichen Institutionen in den Zielländern vermehrt als potentielle ‚Entwicklungsakteure‘ angesprochen, was zumindest teilweise zu einer größeren Wertschätzung im migrationspolitischen Diskurs führte. Von den Regierungen der Herkunftsländer wurden die Ausgewanderten zudem weniger als Abtrünnige behandelt, sondern verstärkt als nationale Entwicklungsressource umworben, was ihnen mehr Anerkennung und teilweise Privilegien wie die doppelte Staatsbürgerschaft oder Steuervergünstigungen verschaffte (Kunz 2008, 2011; Stielike 2017: 274–280).

2015: Das Ende der „Celebration of Circulation“

Die „Celebration of Circulation“ (Faist 2009: 42) kam spätestens nach dem langen Sommer der Migration 2015 zu einem Ende. Das euroafrikanische Gipfeltreffen in Valletta (Malta) im November 2015 kann als Wendepunkt gesehen werden. Der in Valletta verabschiedete Aktionsplan definierte fünf Prioritäten, darunter erstens: „Development benefits of migration and addressing root causes of irregular migration and forced displacement“ (Valletta Summit on Migration 2015: 2). Hier werden zwar nach wie vor die entwicklungsförderlichen Auswirkungen von Remittances und Diaspora-Engagement erwähnt, allerdings liegt der Fokus auf der Bekämpfung von Ursachen irregulärer Migration und Vertreibung mittels sozio-ökonomischer Entwicklung, Krisenprävention, Armutsbekämpfung und des Ausbaus der Sicherheitsapparate. Auch wenn eine verbesserte Zusammenarbeit im Bereich der legalen Migration

(Priorität 2) und mehr Schutz für Migrant*innen und Asylbewerber*innen (Priorität 3) Teil des Aktionsplans sind, dominieren doch deutlich die Migration einschränkende Ziele wie die Bekämpfung von irregulärer Migration, Schleusung und Menschenhandel (Priorität 4) sowie die verbesserte Kooperation im Bereich Rückführung und Reintegration von irregulären Migrant*innen (Priorität 5). In dem Dokument konkurrieren verschiedene Vorstellungen über die Kausalitäten zwischen Migration und Entwicklung: Einerseits gelten Remittances und Diaspora-Engagement als entwicklungsförderlich (Kausalität 4), andererseits soll mehr Entwicklung Migration verhindern (Kausalität 1) und Migration gilt implizit als schädlich für Entwicklung (Kausalität 3).

Im Rahmen des euro-afrikanischen Migrationsgipfels in Valletta wird der „Nothilfe-Treuhandfonds der EU zur Unterstützung der Stabilität und zur Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration und Vertreibung in Afrika“ (EUTF) ins Leben gerufen und durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten zunächst mit rund 2,5 Milliarden Euro ausgestattet (European Commission 2015; Castillejo 2017). Kritiker*innen sehen in der Zielsetzung und tatsächlichen Nutzung des Fonds eine Zweckentfremdung von Entwicklungsgeldern (Bartels 2018: 41ff.; Raty und Shilhav 2020: 3f.) Meines Erachtens drückt sich in diesem Fonds ein Wandel von der entwicklungspolitischen Nutzarmachung von Migration (Remittances, Diaspora-Engagement, zirkuläre Migration) zu einer migrationspolitischen Nutzarmachung von Entwicklung(sgeldern) aus.

Im Dezember 2018 verabschiedeten 164 Staaten den „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“. Aus diesem Dokument lassen sich verschiedene angenommene Kausalitäten zwischen Migration und Entwicklung herausarbeiten. Zum einen findet sich die Vorstellung, dass Migration zu Entwicklung beiträgt (Kausalität 4). Hierzu zählt u.a. das Ziel 19, welches die „Herstellung von Bedingungen, unter denen Migranten und Diasporas in vollem Umfang zur nachhaltigen Entwicklung in al-

len Ländern beitragen können“ anstrebt. Zum anderen zeigt sich in dem Dokument jedoch auch deutlich die Vorstellung, dass Entwicklung zu weniger Migration führt (Kausalität 1), wenn sich beispielsweise die unterzeichnenden Staaten im Rahmen von Ziel 2 verpflichten,

„die nachteiligen Triebkräfte und strukturellen Faktoren zu beseitigen, die Menschen dazu bewegen, ihr Herkunftsland zu verlassen, unter anderem durch Armutsbeseitigung, Ernährungssicherung, Gesundheits- und Sanitärversorgung, Bildung, inklusives Wirtschaftswachstum, Infrastrukturentwicklung, städtische und ländliche Entwicklung, Schaffung von Arbeitsplätzen, menschenwürdige Arbeit, Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen, Aufbau von Resilienz und Katastrophenvorsorge, Klimawandelabschwächung und -anpassung, Bekämpfung der sozioökonomischen Auswirkungen aller Formen der Gewalt, Nichtdiskriminierung, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung, Zugang zur Justiz und Schutz der Menschenrechte.“ (Vereinte Nationen 2018a: 8)

Am Rande wird auch „Braindrain“ thematisiert, also die negativen Folgen von (hochqualifizierter) Migration für die Entwicklung der Herkunftsländer (Kausalität 3) (Vereinte Nationen 2018a: 9). Eine mögliche Steigerung von Migrationsraten durch zunehmende Entwicklung (Kausalität 2) wird hingegen nicht erwähnt.

Insgesamt zeigt sich, dass in den letzten 60 Jahren immer wieder andere Kausalitäten zwischen Migration und Entwicklung im Zentrum politischer und wissenschaftlicher Diskurse standen. In den Hochzeiten der „Celebration of Circulation“ in den 2000er und 2010er Jahren wurde die Norm einer sesshaften Lebensweise teilweise deutlich hinterfragt. Mit den Stichworten „Remittances“ „Diaspora-Engagement“ und „zirkuläre Migration“ wurden transnationale mobile Lebensweisen zu relevanten und durchaus wünschenswerten Phänomenen deklariert. Die in dieser Phase weit verbreitete Rede von einer „entwicklungsförderlichen

Rückkehr“ deutet jedoch darauf hin, dass auch hier Migration weiterhin als Ausnahmezustand verstanden wurde, der durch eine letztendliche Rückkehr beendet werden sollte. Spätestens in den Reaktionen der europäischen Staaten auf den langen Sommer der Migration 2015 zeigt sich eine deutliche Restabilisierung des Sesshaftigkeitsbias in der Entwicklungspolitik und eine zunehmende migrationspolitische Nutzbarmachung von Entwicklungsdiskurs und Entwicklungsgeld.

Dispositive der (Im)mobilisierung: „Migration&Entwicklung“ vs. „Containment Development“

Der Hype um Fluchtursachenbekämpfung in den letzten Jahren lässt sich als Herausbildung oder Erstarren eines Dispositivs beschreiben. Im Anschluss an Michel Foucault verstehe ich ein Dispositiv als ein ursprünglich als Antwort auf eine Dringlichkeit zwischen unterschiedlichen Elementen geknüpftes Netz, das in Kräfteverhältnisse eingreift, um diese nutzbar zu machen (Foucault 1978; vgl. auch Stielike 2017: 14–37). Der machtvoll migrationsbezogene Krisendiskurs in Reaktion auf den langen Sommer der Migration kann meines Erachtens als eine solche Dringlichkeit gelesen werden, welche die Herausbildung eines Netzes aus Diskursen, Institutionen, Artefakten, Praktiken und Subjektivierungsweisen befördert hat – ein Netz, das als Fluchtursachenbekämpfungsdispositiv bezeichnet werden kann. Ich gehe allerdings davon aus, dass es sich hierbei nicht um ein völlig neues Dispositiv handelt, sondern vielmehr um die Reaktualisierung eines lang gewachsenen Dispositivs der Immobilisierung. Mit Foucault ließe sich auch von einem neuen Feld des Auftauchens sprechen, das einer altbekannten Praktik bereitet wird (Foucault 1978: 120).

In diesem letzten Abschnitt möchte ich nun die zwei Dispositive vergleichen, die aktuell im Widerstreit miteinander stehen oder sich möglicherweise bereits abgelöst haben. Zum einen das Migration&Entwicklung-Dispositiv, das seine Hochzeiten als „Celebration of Circulation“ etwa zwischen 2003 und 2013 hatte und ich als ein Dispositiv der Mobilisierung verstehe. Zum anderen ein Dispositiv der Immobilisierung, das seit 2015 an Stärke gewonnen hat und ich mit Loren Landau „Containment Development“ (Landau 2019) nennen möchte. Der Fluchtursachenbekämpfungsdiskurs und die mit ihm verbundenen Praktiken sind Teil dieses zweiten Dispositivs. Das Migration&Entwicklung-Dispositiv habe ich an anderer Stelle umfassend empirisch analysiert (Stielike 2017). Hierbei ging es mir insbesondere um die Übereinstimmungen, Verschiebungen und Widersprüche zwischen dem internationalen Regierungsdiskurs um Migration und Entwicklung, den institutionellen Praktiken im Feld von Migration und Entwicklung in Deutschland und Kamerun und den Subjektivierungsweisen kamerunischer Migrant*innen in Deutschland. Daher werde ich auch im Folgenden die beiden Dispositive „Migration&Entwicklung“ und „Containment Development“ hinsichtlich ihrer Diskurse, Subjektivierungsweisen und institutionellen Praktiken gegenüberstellen.

Diskurse

Ein Diskurs ist eine „Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören“ (Foucault 1981: 156). Die Strukturen dieses Formationssystems ordnen, was zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt als sagbar gilt. Der internationale Regierungsdiskurs um Migration und Entwicklung, der eines von vielen Elementen des Migration&Entwicklung-Dispositivs ist, setzt sich somit aus einer ganzen Reihe von Aussagen zusammen. Im Rahmen einer Analyse von über

60 zentralen Politikdokumenten internationaler Organisationen und internationaler Regierungstreffen zum Thema Migration und Entwicklung aus den Jahren 2005 bis 2014 konnte ich insgesamt zehn Aussagen herausarbeiten (Stielike 2017: 97–208).¹² Eine zentrale Aussage betrifft die Zielscheibe oder das Ziel des Regierens internationaler Migration. Es soll ein Zustand hergestellt werden, in dem Migration gleichzeitig gewinnbringend für Zielländer, Herkunftsländer und Migrant*innen ist. Dieser Zustand wird als Triple-Win-Situation bezeichnet und kann nur erreicht werden, wenn Migration durch gleichberechtigte Staaten partnerschaftlich regiert wird. Wenn Migration nicht regiert wird, so die Aussage, hat sie hingegen negative Auswirkungen für Zielländer, Herkunftsländer und Migrant*innen.

Auch wenn der Migrationsforscher Loren Landau in seinem Aufsatz „A Chronotope of Containment Development: Europe’s Migrant Crisis and Africa’s Reterritorialisation“ nicht explizit diskurs- oder dispositivanalytisch vorgeht, lassen sich starke Ähnlichkeiten erkennen, so dass mir eine

¹² Das Untersuchungsmaterial besteht aus über 60 Erklärungen, Konferenzberichten, Mitteilungen und Analysen der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates, der Internationalen Organisation für Migration, der Euro-Afrikanischen Ministerkonferenz zu Migration und Entwicklung, des EU-Afrika-Gipfels, des „Global Forum on Migration and Development“, der „Global Commission on International Migration“, des Europäischen Parlaments, der Afrikanischen Entwicklungsbank, des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank sowie des Generalsekretärs und der Generalversammlung der Vereinten Nationen aus den Jahren 2005 bis 2014. Die zehn Aussagen, aus denen sich der internationale Regierungsdiskurs um Migration und Entwicklung zusammensetzt, kreisen um das Regieren der internationalen Migration zur Herstellung einer Triple-Win-Situation, die ökonomische Nützlichkeit von Menschenrechten, die Geldtransfers und Investitionen von Migrant*innen als Entwicklungsressource, das Sammeln von Daten zum kohärenten Regieren der Migration, die Bekämpfung der irregulären Migration im Interesse aller, die Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von Migrant*innen, die Förderung von migrantischen Unternehmer*innen, Diaspora-Organisationen und zirkulärer Migration sowie um die Nutzbarmachung von Migrant*innen als Akteure und Ressource zugleich (Stielike 2017: 97–208).

Gegenüberstellung unserer Analysen produktiv erscheint. Landau argumentiert, dass die Zusammenarbeit von europäischen und afrikanischen Regierungen nach dem Sommer der Migration 2015 ein „chronotope of ‚containment development‘“ hervorgebracht habe, das darauf ziele Afrikaner*innen aus der globalen Zeit auszuschließen (Landau 2019: 170). Ein erzähltheoretisches Konzept des russischen Literaturwissenschaftlers Michail Bachtin aufgreifend versteht Landau unter Chronotopos „an epistemological and narrative reflection of an author’s perspectives on the relationship between space and time.“ (Landau 2019: 171) Allgemeiner umschreibt Landau ein Chronotopos als „mix of discursive, epistemic, ethics, and practices“ (Landau 2019: 182). Hier zeigen sich große Ähnlichkeiten mit Foucaults Teil-Definition von Dispositiv als „heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wie Ungesagtes umfaßt“ (Foucault 1978: 119f.).¹³

Ebenso wie Dispositive, können in Landaus Lesart auch mehrere Chronotopoi zeitgleich existieren. Dominant oder hegemonial würden sie, indem sie andere Arten der Reflexion über die geographische und zeitliche Position von Menschen verdrängen. Die zunehmende Naturalisierung des Ausschlusses und der Sedentarisierung von Afrikaner*innen im öffentlichen und politischen Diskurs deutet Landau zufolge auf einen Aufstieg des „Chronotope of Containment Development“ hin (Landau 2019: 171).

¹³ In einer Diskussionsrunde mit Angehörigen des Fachbereichs für Psychoanalyse der Universität Paris VIII in Vincennes im Jahr 1977 erklärt Foucault in drei Schritten, was er unter einem Dispositiv versteht: Erstens ein heterogenes Ensemble aus verschiedenen Elementen wie Diskursen, Institutionen und Praktiken, zweitens verschiedene Arten der Verknüpfung zwischen diesen Elemente und drittens eine Art von „Formation, deren Hauptfunktion zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt darin bestanden hat, auf einen Notstand (urgence) zu antworten“ (Foucault 1978: 119f.).

Während im Rahmen des Migration&Entwicklung-Dispositivs Migration für Zielländer, Herkunftsländer und Migrant*innen nutzbar gemacht werden soll, zielt Containment-Development auf die Verhinderung von Migration, die Normalisierung von Sesshaftigkeit und den Ausschluss von Afrikaner*innen aus einer globalen Post-Moderne. Hierbei kommt es Landau zufolge zu einer Redefinition von Entwicklung. Es bestehe nicht länger die paternalistisch-eurozentristische Vorstellung von in der Zukunft global konvergierenden Entwicklungspfaden, die auch Afrikaner*innen beschreiten, wenn auch langsamer oder weniger erfolgreich. Die Abkehr von diesem globalen Telos bedeute eine Reterritorialisierung und Retemporalisierung des afrikanischen Entwicklungsnarrativs. Im Rahmen des neuen Chronotopos gelte Abkopplung als erfolgreiche Entwicklung: „Under this emerging spatio-temporal epistemology, development success is disconnection in which Africans are removed from global imaginations and developmental time.” (Landau 2019: 170) Entwicklungsfortschritte würden nunmehr durch eine erfolgreiche Bekämpfung von Migrationsursachen erzielt: „developmental progress has become ‘containment’” (Landau 2019: 173).

Eine weitere Aussage im internationalen Diskurs um Migration und Entwicklung betrifft die Subjektformierung von Migrant*innen. Unter Subjektformierung verstehe ich die Art und Weise, wie im institutionalisierten Sprechen über Andere ein bestimmtes Bild von diesen produziert wird (Stielike 2017: 84ff.; Bührmann und Schneider 2007: 10, 2008: 69–72). Migrant*innen werden hier als Entwicklungsakteure und -ressource zugleich konstruiert und es wird davon ausgegangen, dass die Rahmenbedingungen ihres Handelns beeinflusst werden müssen, damit ihre Aktivitäten zu Entwicklung führen. Einerseits werden Migrant*innen in den untersuchten Dokumenten als unternehmerische, aktive, selbstverantwortliche Subjekte konstruiert, von denen erwartet wird, dass sie ihr ‚Humankapital‘ und ihre finanziellen Ressourcen einsetzen, um nicht

nur ihren persönlichen Nutzen zu maximieren, sondern auch um zur Entwicklung von Ziel- und Herkunftsländern beizutragen. Andererseits sollen die Aktivitäten von Migrant*innen innerhalb eines klar abgesteckten Rahmens stattfinden. Dieser Rahmen besteht aus Politiken, die versuchen, die Aktivitäten der Migrant*innen, insbesondere der sogenannten ‚Diaspora‘ im Hinblick auf ihr Herkunftsland, produktiver für nationale Entwicklungsprozesse zu gestalten. Hierzu gehört die Nutzung formaler Kanäle für Geldtransfers, der Ankauf spezieller Staatsanleihen für im Ausland lebende Bürger*innen (Diaspora Bonds), patriotische Bekenntnisse im Rahmen staatlicher Diaspora-Initiativen oder Investitionen in Bildung, Technologie und Unternehmertum statt in Konsum- und Luxusgüter (Stielike 2017: 274ff.).

Im Rahmen des von Landau beschriebenen Immobilisierungsdispositivs produzieren EU-finanzierte migrationsbezogene ‚Informationskampagnen‘ in Afrika hingegen ein Bild von Migrant*innen und jenen, die über Migration nachdenken, als unpatriotische Narzist*innen, die aus egoistischen Motiven ihre Familien und Heimatländer im Stich lassen. Die gedankliche Assoziierung von Migration mit Menschenhandel, Terrorismus und anderen Formen von Kriminalität sowie die Inhaftierung und Verfolgung von unter Zwang Zurückgekehrten bedeutet eine weitere Stigmatisierung von (potentiellen) Migrant*innen (Landau 2019: 178). Während also im Mobilisierungsdispositiv Migration in einen positiven Zusammenhang mit nationaler Entwicklung, Patriotismus, Familienwohl und individueller Verantwortungsübernahme gebracht wird, gilt Migration im Immobilisierungsdispositiv als Verrat an Familie und ‚Vaterland‘ und als egoistischer Versuch, sich individueller und kollektiver Verantwortung zu entziehen.

Subjektivierungsweisen

Welche Auswirkungen haben diese Subjektformierungen auf die individuellen Subjektivierungsweisen von Menschen? Unter Subjektivierungsweise verstehe ich die Art und Weise, wie Menschen über sich selbst sprechen und sich dabei in Bezug zu Diskursen setzen, indem sie sich positiv auf die innerhalb dieser Diskurse produzierten Identitätszuschreibungen beziehen oder sich von diesen abgrenzen. Die Selbstdeutung von Subjekten findet also nicht im luftleeren Raum statt, sondern ist immer an gesellschaftliche Diskurse – hegemonialer oder marginalisierter Art – gebunden. Subjektivierung ist somit ein hochgradig diskursiver Prozess, der sich jedoch auch in den Körper einschreibt und somit nicht-diskursive Effekte mit sich bringt (Stielike 2017: 30). Auf der Basis von zwölf Interviews mit in Berlin lebenden kamerunischen Migrant*innen und fünf Interviews mit Vertreter*innen kamerunischer Vereine in Deutschland habe ich an anderer Stelle ausführlich gezeigt, dass die Subjektivierungsweisen von Menschen, die als Entwicklungsakteure und -ressource zugleich angerufen werden, sehr vielfältig sind. Während sich einige als patriotische Entwicklungsakteure begreifen – oder strategisch inszenieren – verstehen andere ihr Diaspora-Engagement als Beitrag zu einem postkolonialen Kampf gegen „white supremacy“ und wieder andere sehen sich in erster Linie als Versorger*innen ihrer zurückgelassenen Familienangehörigen im Herkunftsland oder auf der Suche nach ihrem persönlichen Glück (Stielike 2017: 328–510).

In Landaus Analyse von „Containment Development“ lassen sich die Auswirkungen der beschriebenen Subjektformierung auf individuelle Subjektivierungsweisen nur erahnen. Landau argumentiert, dass die EU-finanzierten ‚Informationskampagnen‘ darauf zielen würden, sogar die bloße Vorstellung von Mobilität zu zerstören und Sesshaftigkeit zu normalisieren, indem sie eine Selbstidentifikation mit dem Lokalen und mit globaler Abkopplung befördern. Zudem weist er auf die subjektivie-

renden Auswirkungen der von Europa finanzierten Wissensproduktion in Afrika hin. Angesichts knapper eigener Ressourcen seien viele afrikanische Universitäten und Nichtregierungsorganisationen stark auf europäische Forschungsfinanzierung angewiesen. Dies führe zu einer inhaltlichen Ausrichtung an Geberinteressen und der Übernahme einer europäischen Sichtweise, was langfristig das Selbstverständnis vieler Afrikaner*innen prägen werde:

„Whereas European funded research on migration may once have sought to demonstrate its costs and benefits for Africans and others, it will now largely be dedicated to demonstrating risks or opportunities for sedentarising interventions. Without a sound alternative base of knowledge and analysis, the European gaze will come to frame many Africans’ self-understanding.” (Landau 2019: 182)

Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass sich als Reaktion auf die kriminalisierenden und moralisierenden Subjektformierungen des „Containment Development“ auch widerständige Subjektivierungsweisen festigen und neu herausbilden werden.

Institutionelle Praktiken

Die (Im)Mobilisierungsdispositive bestehen nicht nur aus Diskursen und Subjektivierungsweisen, sondern auch aus vielfältigen institutionellen Praktiken. Im Migration&Entwicklung-Dispositiv zählen dazu z.B. Förderprogramme für Diaspora-Organisationen zur Durchführung karitativer Projekte im Herkunftsland, Unternehmensgründungsberatungen für rückkehrende Migrant*innen, internationale Initiativen zur Reduzierung von Transferkosten migrantischer Rücküberweisungen oder durch Herkunftsländer initiierte Diaspora-Investitionsprogramme. Am Beispiel deutscher und kamerunischer Institutionen, die im Feld von Migration und Entwicklung aktiv sind, habe ich herausgearbeitet,

dass Menschen, die sich diesen Programmen verweigern, weil sie sie als paternalistisch empfinden oder von diesen ausgeschlossen werden, weil ihr Diaspora-Projekt nicht den staatlich vorgegebenen Entwicklungszielen entspricht, in der Regel nicht mit Sanktionen rechnen müssen. Sie profitieren zwar nicht von europäischen Fördergeldern oder werden vielleicht von Regierungen des Herkunftslandes als zu politisch und zu wenig entwicklungsorientiert geschmäht, können ihre Ziele aber oftmals auf anderem Wege verfolgen (Stielike 2017: 401–448). Non-Konformität oder Widerstand im Containment-Development-Dispositiv wird hingegen massiv und oft gewaltvoll sanktioniert. „Those whose imaginations and bodies will not remain sedentary may be exposed to brutal physical violence and discursive denigration. Within this logic, the more defecating Africans continue to seek Mediterranean crossings, the greater the remedial interventions may be.” (Landau 2019: 180) Die institutionellen Praktiken des Immobilisierungsdispositivs bilden die Grundlage für diese Sanktionierung. Hierzu gehört die zunehmende Militarisierung von Grenzen durch EU-finanzierte Ausbildungsprogramme und Grenztechnologien sowie die Kontrolle und Einschränkung von interner und grenzüberschreitender Mobilität durch afrikanische Regierungen als Konditionalität für den Erhalt europäischer Entwicklungsgelder (Landau 2019: 172f.).

Fazit

In diesem Beitrag habe ich zwei Grundannahmen der aktuellen Debatte um Fluchtursachenbekämpfung beleuchtet, nämlich die Vorstellung von einer sesshaften Lebensweise als Norm und von der Möglichkeit, Migration durch Entwicklung zu reduzieren. Ich habe einen genealogischen Zugang gewählt, um die historische Gewordenheit von Wissen, Begriffen, Diskursen und Praktiken herauszuarbeiten und verschüttete Wissensbe-

stände in Erinnerung zu rufen. Ziel des Beitrags war es, auf diese Weise Raum zu schaffen, vermeintliche Natürlichkeit, Selbstverständlichkeit, Zwangsläufigkeit und Alternativlosigkeit in der aktuellen Debatte um Fluchtursachenbekämpfung zu hinterfragen.

Im ersten Teil habe ich zwei zentrale semantische und diskursive Verschiebungen im Begriffsfeld Flucht/ Migration herausgearbeitet. Zum einen zeigt sich, dass im Rahmen einer rechten Diskursverschiebung der Begriff Flüchtling zunehmend bewusst durch den Begriff Migrant ersetzt wird, um entsolidarisierende oder sogar entmenschlichende Wirkungen zu erzielen. Zum anderen ist in der internationalen Migrationspolitik eine Verschiebung von einem inklusiven Verständnis von Migrant*in (alle Flüchtlinge sind Migrant*innen, aber nicht alle Migrant*innen sind Flüchtlinge) zu einem residualen Verständnis (Migrant*innen sind diejenigen, die übrigbleiben, wenn man die Flüchtlinge aussortiert) zu beobachten. In der aktuellen internationalen Debatte um Fluchtursachenbekämpfung dominiert das residuale Verständnis. Die auf eine klare Abgrenzung zwischen Migrant*innen und Flüchtlingen abzielenden Begriffspolitiken bilden sich jedoch nicht in den weitestgehend identischen Strategien der Ursachenbekämpfung von Flucht und/ oder Migration ab.

Im zweiten Teil habe ich die wesentlichen Gedanken der wissenschaftlichen Diskussion um Sesshaftigkeit als Norm zusammengefasst. Zentrale Thesen sind hier u.a., dass die Pathologisierung von „displacement“ zu einer Normalisierung von Mobilitätskontrollen und ihren jeweiligen Machttechnologien führt, dass westliche Entwicklungsmodelle den Mythos der Nicht-Bewegung exportieren, während sie gleichzeitig Bevölkerungsbewegungen anstoßen oder voraussetzen und dass die Kopplung von „sedentary bias“ und Paternalismus im Entwicklungsdiskurs bewirkt, dass das Potential von Migration als individuelle und kollektive Entwicklungsstrategie nicht gesehen wird.

Im dritten Teil habe ich die konkurrierenden Vorstellungen von den Kausalitäten zwischen Migration und Entwicklung in den letzten 60 Jahren nachgezeichnet. Während in den 1960er Jahren davon ausgegangen wurde, dass Migration zu Entwicklung führt, galt in den 1970er und 1980er Jahren Migration als Entwicklungshemmnis und Entwicklung als Mittel gegen Migration. Ab den 1990er Jahren kam es dann wieder zu einer langsamen Verschiebung in Richtung der Vorstellung, dass Migration als Motor von Entwicklung dienen kann und in den 2000er und 2010er Jahren wurde daraus eine regelrechte „Celebration of Circulation“. Nach dem langen Sommer der Migration 2015 bestehen verschiedene Vorstellungen über die Kausalitäten zwischen Migration und Entwicklung nebeneinander, wobei die Annahme, dass mehr Entwicklung zu weniger Migration führt, dominant wird.

Im letzten Teil habe ich schließlich das seit 2015 deutlich geschwächte Mobilisierungsdispositiv „Migration&Entwicklung“ mit dem seitdem erstarkenden von Loren Landau als „Containment Development“ bezeichnete Immobilisierungsdispositiv im Hinblick auf Diskurse, Subjektivierungsweisen und institutionelle Praktiken verglichen. Hierbei steht ein Diskurs, der Migration als gewinnbringend für Zielländer, Herkunftsländer und Migrant*innen fasst, einem Diskurs gegenüber, in dem es gilt, Afrikaner*innen aus der globalen Zeit auszuschließen und sesshaft zu machen. Migrant*innen werden im ersteren Diskurs mit Entwicklung, Patriotismus, Familienwohl und individueller Verantwortungsübernahme in Verbindung gebracht, während sie in letzterem Diskurs als Verräter*innen von Familie und ‚Vaterland‘, Egoist*innen und potentielle Kriminelle konstruiert werden. Die Subjektivierungsweisen, also die Selbstverständnisse von Migrant*innen im Kontext der skizzierten Diskurse, sind im Rahmen des Mobilisierungsdispositivs äußerst vielfältig und reichen von einer Selbstidentifikation als patriotische Entwicklungsakteurin bis zur Positionierung als postkolonialer Kämpfer gegen „white

supremacy“. In Bezug auf das Immobilisierungsdispositiv lässt sich vermuten, dass sowohl die EU-finanzierten ‚Informationskampagnen‘ zum Thema Migration in Afrika als auch die zunehmende Abhängigkeit afrikanischer Institutionen der Wissensproduktion von europäischer Finanzierung das Selbstbild von Afrikaner*innen prägen und eine Selbstidentifikation mit der räumlichen und zeitlichen Abkopplung vom Rest der Welt befördern werden. Gleichzeitig ist anzunehmen, dass sich auch widerständige Subjektivierungsweisen festigen und neu herausbilden werden. In der Gegenüberstellung der institutionellen Praktiken zeichnet sich ab, dass die Programme, Maßnahmen und Regulierungsweisen im Mobilisierungsdispositiv eher ermöglichenden Charakter haben, während sie im Immobilisierungsdispositiv Sanktionierung, Zwang und Gewalt beinhalten.

Abschließend möchte ich die Frage aufwerfen, welche dritte Alternative sich denken ließe zu einem neoliberal geprägten Mobilisierungsdispositiv einerseits, das auf die ökonomische Nutzarmachung von Migration zielt und dabei Migrant*innen zu Entwicklungsakteuren und -ressourcen zugleich macht, und einem Immobilisierungsdispositiv andererseits, das auf die gewaltsame Abkopplung und Sedentarisierung großer Teile der Weltbevölkerung setzt, um die „Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich 2016) im globalen Norden und ihre „imperiale Lebensweise“ (Brand und Wissen 2017) abzusichern. Mir scheint eine Alternative in der strategischen Stärkung eines Diskurses der Rechte zu liegen, der ein „Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit“ einfordert und gleichzeitig ein „Recht zu bleiben, also die Möglichkeit, zu Hause bzw. im Herkunftsland ein Leben unter sicheren, würdigen und selbstbestimmten Bedingungen führen zu können“ (Afrique-Europe-Interact 2014).

Literatur

- Afrique-Europe-Interact (2014): „Kurzpräsentation unseres Netzwerks“. Abgerufen am 10.03.2020 von <https://afrique-europe-interact.net/38-0-Unser-Netzwerk.html>.
- Angenendt, Steffen; Martin-Shields, Charles; Schraven, Benjamin (2017): „Mehr Entwicklung – mehr Migration? Der „migration hump“ und seine Bedeutung für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Subsahara-Afrika“. In: *SWP-Aktuell*. 69, S. 1–4.
- Ankomah, P.; Larson, T.; Roberson, V.; u. a. (2012): „A Creative Approach to Development: The Case for Active Engagement of African Diaspora in Ghana“. In: *Journal of Black Studies*. 43 (4), S. 385–404, doi: 10.1177/0021934711425488.
- Bakewell, Oliver (2008): „‘Keeping Them in Their Place’: the ambivalent relationship between development and migration in Africa“. In: *Third World Quarterly*. 29 (7), S. 1341–1358.
- Bakewell, Oliver (2009): „Migration, Diasporas and Development: Some Critical Perspectives“. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*. 229 (6), S. 787–802.
- Bartels, Inken (2018): *Geld gegen Migration. Der Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika*. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.
- Benček, David; Schneiderheinze, Claas (2019): „More development, less emigration to OECD countries – Identifying inconsistencies between cross-sectional and time-series estimates of the migration hump“. In: *Kiel Working Paper*. (2145).
- Black, Richard; King, Russell (2004): „Editorial Introduction: Migration, Return and Development in West Africa“. In: *Population, Space and Place*. 10 (2), S. 75–83.
- BMZ (2017): „Perspektiven für Flüchtlinge schaffen. Fluchtursachen mindern, Aufnahmeregionen stabilisieren, Flüchtlinge unterstützen“.
- Bommes, Michael (2001): „Bundesrepublik Deutschland: Die Normalisierung der Migrationserfahrung“. In: Bade, Klaus J. (Hrsg.) *Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch (Beiträge der Akademie für Migration und Integration), S. 49–60.

- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: Oekom Verlag.
- Braunsdorf, Felix (2016): „Fluchtursachen»Made in Europe«. Über europäische Politik und ihren Zusammenhang mit Migration und Flucht“. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Braunsdorf, Felix (2019): „Wie ein Neustart der Debatte um Fluchtursachen gelingen kann“. In: *ifo Schnelldienst*. 23 (72), S. 6–8.
- Brot für die Welt; Medico International; Pro Asyl (2017): „Flucht(ursachen)bekämpfung“.
- Bührmann, Andrea D.; Schneider, Werner (2007): „Mehr als nur diskursive Praxis? – Konzeptionelle Grundlagen und methodische Aspekte der Dispositivanalyse“. In: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*. 8 (2).
- Bührmann, Andrea D.; Schneider, Werner (2008): *Vom Diskurs zum Dispositiv: Eine Einführung in die Dispositivanalyse*. Bielefeld: Transcript.
- Bundesregierung (2016): „Strategie für Migration und Entwicklung. Aktionsplan für die Außendimension der Migrations- und Flüchtlingspolitik“.
- Carling, Jørgen (2017a): „Refugee Advocacy and the Meaning of „Migrants““. In: *Prio Policy Brief*.
- Carling, Jørgen (2017b): „The case for being inclusive“. *Meaningofmigrants.org*. Abgerufen am 09.03.2020 von <https://meaningofmigrants.org/the-case-for-being-inclusive/>.
- Carling, Jørgen (2017c): „The residualist push“. *Meaningofmigrants.org*. Abgerufen am 09.03.2020 von <https://meaningofmigrants.org/the-residualist-push/>.
- Carling, Jørgen (2017d): „What is the meaning of ‘migrants’?“. *Meaningofmigrants.org*. Abgerufen am 09.03.2020 von <https://meaningofmigrants.org/>.
- Castillejo, Clare (2017): *Der Nothilfe Treuhandfonds der EU für Afrika und seine Auswirkungen auf die EU-Entwicklungspolitik*. (Nr. 20) Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Analysen und Stellungnahmen).
- CIM; Engagement Global (2013): *Migranten als Brückenbauer. Das entwicklungspolitische Engagement von Migrantenorganisationen*. Frankfurt am Main (Dossier).

- Collyer, Michael (2011): „The Development Challenges and the European Union“. Robert Schuman Centre for Advanced Studies, European University Institute.
- Ebitsch, Sabrina; Schories, Martina; Zajonz, Moritz (2020): „Das gehetzte Parlament“. *Süddeutsche Zeitung*. 5.3.2020.
- Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) (2009): *Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung*. Bonn: UNO-Verlag.
- Escobar, Arturo (1995): *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*. Princeton: Princeton University Press.
- Esteva, Gustavo (2010): „Development [1992]“. In: Sachs, Wolfgang (Hrsg.) *The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power*. 2. Aufl. London/New York: Zed Books.
- European Commission (2015): „A European Union Emergency Trust Fund for Africa“. Abgerufen am 10.03.2020 von https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEMO_15_6056.
- European Commission (2002): „Integrating Migration Issues in the European Union’s Relations with Third Countries. Commission Communication to the Council and European Parliament. COM(2002) 703“.
- Faist, Thomas (2009): „Transnationalization and Development“. In: *Social Analysis*. 53 (3), S. 38–59.
- Ferguson, James (1994): „The Anti-Politics Machine. „Development“ and Bureaucratic Power in Lesotho“. In: *The Ecologist*. 24 (5), S. 176–181.
- Foucault, Michel (1981): *Archäologie des Wissens [1969]*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2006a): *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesungen am Collège de France 1978-1979*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2005): „Die Sorge um die Wahrheit“. In: *Dits et Ecrits. Schriften, Band IV, 1980-1988*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1978): „Ein Spiel um die Psychoanalyse. Ein Gespräch mit Angehörigen des Département de Psychoanalyse der Universität Paris VIII in Vincennes“. In: *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve Verlag.

- Foucault, Michel (2001): *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-76)*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2002): „Nietzsche, die Genealogie, die Historie“. In: *Dits et Ecrits. Schriften, Band II, 1970-1975*. Frankfurt am Main: Suhrkamp S. 166–191.
- Foucault, Michel (2006b): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Vorlesungen am Collège de France 1977-1978*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Geddes, Andrew (2003): „Germany: Normalised Immigration Politics?“. In: *The Politics of Migration and Immigration in Europe*. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications S. 79–101.
- Glick Schiller, Nina; Faist, Thomas (2009): „Introduction. Migration, Development, and Social Transformation“. In: *Social Analysis*. 53 (3), S. 1–13.
- Global Commission on International Migration (2005): „Migration in an Interconnected World: New Directions for Action. Report of the Global Commission on International Migration“.
- de Haas, Hein (2007a): „Between Courting and Controlling: The Moroccan State and „Its“ Emigrants“. In: *Working Paper, Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS), University of Oxford*. 54.
- de Haas, Hein (2007b): „Turning the Tide? Why Development Will Not Stop Migration“. In: *Development and Change*. 38 (5), S. 819–841, doi: 10.1111/j.1467-7660.2007.00435.x.
- Hauck, Gerhard (2004): „Die Geschichte der Entwicklungstheorie“. In: Gerlach, Olaf; Kalmring, Stefan; Kumitz, Daniel; u. a. (Hrsg.) *Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel S. 12–50.
- International Organization for Migration (2019): „International Migration Glossary“.
- Kerner, Ina (2002): „Flucht, Migration und die bundesdeutsche Entwicklungszusammenarbeit“. In: Märker, Alfredo; Schlothfeldt, Stephan (Hrsg.) *Was schulden wir Flüchtlingen und Migranten? Grundlagen einer gerechten Zuwanderungspolitik*. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag S. 45–67.
- Klingholz, Reiner (2019): „Leichter gesagt als getan“. In: *ifo Schnelldienst*. 23 (72), S. 3–5.

- Koser, Khalid (2003): „Long-Distance Nationalism and the Responsible State: The Case of Eritrea“. In: Østergaard-Nielsen, Eva (Hrsg.) *International Migration and Sending Countries: Perceptions, Policies and Transnational Relations*. Basingstoke: Palgrave Macmillan S. 171–184.
- Kunz, Rahel (2008): „Mobilising diasporas: A governmentality analysis of the case of Mexico“. *Working Paper Series „Glocal Governance and Democracy“ 03. Institute of Political Science, University of Lucerne*.
- Kunz, Rahel (2011): *The political economy of global remittances: gender, governmentality and neoliberalism*. Abingdon, Oxon/New York: Routledge (RIPE series in global political economy).
- Landau, Loren B. (2019): „A Chronotope of Containment Development: Europe’s Migrant Crisis and Africa’s Reterritorialisation“. In: *Antipode*. 51 (1), S. 169–186, doi: 10.1111/anti.12420.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut: die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München: Hanser Berlin, im Carl Hanser Verlag.
- Levitt, Peggy (1998): „Social Remittances: Migration Driven Local-Level Forms of Cultural Diffusion“. In: *International Migration Review*. 32 (4), S. 926, doi: 10.2307/2547666.
- Malkki, Liisa (1992): „National Geographic: The Rooting of Peoples and the Territorialization of National Identity Among Scholars and Refugees“. In: *Cultural Anthropology*. (Space, Identity and the Politics of Difference), 7 (1), S. 24–44.
- Malkki, Liisa (1995): „Refugees and Exile: From „Refugee Studies“ to the National Order of Things“. In: *Annual Review of Anthropology*. Annual Reviews 24 , S. 495–523.
- Martin, Philipp; Taylor, J. Edward (1996): „The anatomy of a migration hump“. In: Taylor, J. Edward (Hrsg.) *Development strategy, employment, and migration: Insights from models*. Paris: OECD, Development Centre S. 43–62.
- McDowell, Christopher; de Haan, Arjan (1997): „Migration and Sustainable Livelihoods: A Critical Review of the Literature“. In: *IDS Working Paper*. (65).
- Müller, Christian (2019): „Bekämpfung von Migrationsursachen – Lernen aus deutschen Erfahrungen“. In: *ifo Schnelldienst*. 23 (72), S. 9–11.
- Nederveen Pieterse, Jan (2001): *Development Theory. Deconstructions/Reconstructions*. London: Sage.

- Nuscheler, Franz (2009): „Internationale Migration und Entwicklung“. In: Stiftung Entwicklung und Frieden; Institut Entwicklung und Frieden (Hrsg.) *Globale Trends 2010. Frieden, Entwicklung, Umwelt*. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag S. 137–158.
- Olesen, Henrik (2002): „Migration, Return, and Development: An Institutional Perspective“. In: *International Migration*. (Special Issue 2), 40 (5), S. 125–150.
- Raghuram, Parvati (2007): „Which Migration, What Development: Unsettling the Edifice of Migration and Development“. In: *COMCAD Working Paper*. (28).
- Ratha, Dilip (2003): „Workers’ Remittances: An Important and Stable Source of External Development Finance“. In: Worldbank (Hrsg.) *Global Development Finance. Striving for Stability in Development Finance*. Washington DC: Worldbank S. 157–175.
- Raty, Tuuli; Shilhav, Raphael (2020): *The EU Trust Fund for Africa: Trapped between aid policy and migration politics*. Oxfam doi: 10.21201/2020.5532.
- Sachs, Wolfgang (2010): „Introduction [1992]“. In: Sachs, Wolfgang (Hrsg.) *The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power [1992]*. 2. Aufl. London/New York: Zed Books S. xv–xx.
- Schneiderheinze, Claas; Thiele, Rainer (2019): „Kann Entwicklungshilfe den Migrationsdruck mindern?“. In: *ifo Schnelldienst*. 23 (72), S. 20–22.
- Schwartz, Helge (2011): *Foucault an der Grenze: Mobilitätspartnerschaften als Strategie des europäischen Migrationsregimes*. Münster: Lit (Politische Theorie).
- Sinatti, Giulia; Horst, Cindy (2014): „Migrants as agents of development: Diaspora engagement discourse and practice in Europe“. In: *Ethnicities*. published before print 7.4.2014.
- Stielike, Laura (2017). *Entwicklung durch Migration? Eine postkoloniale Dispositivanalyse am Beispiel Kamerun-Deutschland*. Bielefeld: Transcript.
- Turner, Simon; Kleist, Nauja (2013): „Introduction: Agents of Change? Staging and Governing Diasporas and the African State“. In: *African Studies*. 72 (2), S. 192–206.
- United Nations (2018): „Global Compact on Refugees“.
- United Nations General Assembly (2000): „United Nations Millennium Declaration“.

- United Nations Secretary-General (2001): „Road Map towards the Implementation of the United Nations Millennium Declaration. Report of the Secretary-General“.
- Valletta Summit on Migration (2015): „Valletta Summit on Migration Action Plan“.
- Vereinte Nationen (2018a): „Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“.
- Vereinte Nationen (2018b): „Globaler Pakt für Flüchtlinge“.
- Vereinte Nationen (2016): „New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten. Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen“.
- Walters, William (2012): *Governmentality: Critical Encounters*. New York: Routledge (Critical issues in global politics).
- Ziai, Aram (2006): *Zwischen Global Governance und Post-Development*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zoomers, Annelies; Adepoju, Aderanti; van Naerssen, Ton (2008): „International migration and national development: An introduction to policies in sub-Saharan Africa“. In: Adepoju, Aderanti; van Naerssen, Ton; Zoomers, Annelies (Hrsg.) *International Migration and National Development in sub-Saharan Africa*. Leiden/Boston: Brill S. 1–20.

Über die Autorin

Laura Stielike ist Postdoc in der interdisziplinären Nachwuchsgruppe „Die wissenschaftliche Produktion von Wissen über Migration“ am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück. In ihrem aktuellen Forschungsprojekt untersucht sie, wie die Nutzung von Big Data in Migrationsforschung und Migrationspolitik Wissen über Migration verändert. In ihrer Doktorarbeit an der Freien Universität Berlin analysierte sie das Dispositiv „Migration&Entwicklung“ mit Fokus auf kamerunische Migration nach Deutschland. Während ihrer Promotion war sie Visiting Fellow am International Migration Institute (IMI) der Universität Oxford. Laura Stielike hat Seminare zu den Themen Migration und Entwicklung, Migrationstheorien, Intersektionalität, Postkolonialismus und Diskursanalyse gegeben. Sie studierte Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und an der Sciences Po Paris. In ihrer Diplomarbeit untersuchte sie koloniale Kontinuitäten in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Zeiten von Good Governance. Außerdem hat sie Arbeitserfahrung in Entwicklungsorganisationen in Kamerun, China und Deutschland gesammelt. E-Mail: laura.stielike@uni-osnabrueck.de

About the Author

Laura Stielike is a post-doctoral researcher in the interdisciplinary research group “The Production of Knowledge on Migration” at the Institute for Migration Research and Intercultural Studies (IMIS) at the University of Osnabrück. Currently, she explores how the use of big data in migration research and governance transforms knowledge on migration. In her doctoral dissertation completed at Freie Universität Berlin, she analysed the migration&development apparatus with a focus on Cameroonian migration to Germany. During her doctoral research, she was visiting fellow at the International Migration Institute (IMI) at the University of Oxford. Laura Stielike has taught courses on migration and development, migration theory, intersectionality, postcolonial studies and discourse analysis. She studied political science at Freie Universität Berlin and

Sciences Po Paris. In her master's thesis she explored the colonial continuities in German development cooperation in the era of good governance. She also worked in development organisations in Cameroon, China and Germany. Email: laura.stielike@uni-osnabrueck.de

Global Migration Studies

Papers of the Centre for Global Migration Studies
at the University of Göttingen

Global Migration Studies is run by the Centre for Global Migration Studies (CeMig) at the University of Göttingen. The papers provide a platform for migration research from various disciplinary stand-points that take a transnational and global perspective.

Advisory Board

The advisory board consists of the board of directors of the Centre for Global Migration Studies:

Fabian J. Froese, Elfriede Hermann, Sabine Hess, Anja Jetschke, Andrea Bognner, Olaf Deinert, Inmaculada Martínez-Zarzosó, Lars Klein, Serena Müller, Leon-Fabian Caspari

Editorial Board

Eva Bahl, Carna Brkovic, Jelka Günther, Bruno Gabriel Witzel de Souza

Layout and Typesetting

Friedlind Riedel, Bernd Kasperek/typobotic.com



University of Göttingen
Centre for Global Migration Studies
Heinrich-Düker-Weg 14
37073 Göttingen
Germany

+49 (0)551 39 25358
cemig@uni-goettingen.de
<https://www.cemig.uni-goettingen.de>